

mordete regelmäßig von seiner Dienststelle benutzte, genau Bescheid gewußt haben. Es ist möglich, daß Personen, die früher und jetzt der Behörde nicht bekannt wurden und deshalb bisher noch nicht befragt worden sind, vielleicht doch in dieser Richtung Angaben machen können. Das Kriminalamt Dresden würde daher auf alle Anregungen, die als Grundlage für weitere Erörterungen ausgewertet werden können, dankbar sein und sichert schon jetzt eine unbedingt vertrauliche Behandlung aller Mitteilungen zu. Diese werden erbeten an das Kriminalamt Dresden, Schlegelgasse 7, Zimmer 149.

(Die Kostordnung für die sächsischen Gefangenenanstalten.) Zu der zunächst durch die Staatskanzlei veröffentlichten Kostordnung für die sächsischen Gefangenenanstalten erfährt man aus der Veröffentlichung im Justizministerialblatt noch folgende Begründung: „Die Beköstigung der Gefangenen ist von hoher Bedeutung des Strafvollzugs und für die Wirkung der Untersuchungshaft. Sie soll den Gefangenen während der Haftdauer nicht nur in einem angemessenen Ernährungszustand erhalten, sondern diesen, wo es erforderlich ist, auch heben. Es ist mit allen Mitteln anzustreben, daß jeder Gefangene nach längerer Haftdauer in einem Ernährungszustand entlassen wird, der ihm nach seiner körperlichen Leistungsfähigkeit gestattet, seinen vollen Unterhalt zu erwerben.“ Die „Sächsische Volkszeitung“ bemerkt dazu nicht mit Unrecht: „Wir sind weit davon entfernt, den unglücklichen Injassen der sächsischen Gefangenenanstalten etwas Schlechtes wünschen zu wollen. Aber wir sind verwundert darüber, daß die Regierung eine so interne Frage, wie die Psychologie des Küchenzettels, in dieser Weise in aller Öffentlichkeit erörtert. Man hat offenbar die Absicht, eine „Verfeinerung“ für die augenblicklich nur sehr schwach besetzten sächsischen Gefangenenanstalten zu betreiben (vergleiche die Sächsische Denkschrift). Denn wir können uns sehr wohl denken, daß der Küchenzettel so mancher Arbeiter- oder auch Bauernfamilie heute mit den Ergebnissen der Ernährungswissenschaft nicht ganz übereinstimmt. Vielleicht ist die Regierung bereit, vor allen Dingen für die Staatsbürger außerhalb der Gefangenenanstalten ebenfalls einen Küchenzettel aufzustellen und überwachen zu lassen, der eine ähnliche reiche Abwechslung in der Verwendung von frischem und trockenem Gemüse, Wurzelfrüchten, Milchspeisen, Fleisch und Seefisch vorzieht. Solange der Küchenzettel draußen am Familientische ganz erheblich schlechter aussieht, läßt die Regierung Gefahr, daß — wie das an sich schon geschieht — recht viele Leute die Gefangenenanstalt als ein Versorgungsheim und die „Strafe“ als die Zeit ihrer Vadekur ansehen!“

(Die Gruppe Radeberg des Elbgauangerebundes.) Der jetzt 26 Vereine angehörende, hielt am 26. Februar seine Jahreshauptversammlung ab. Dieselbe war von 50 Vertretern besucht, wurde 1/3 Uhr unter herzlicher Begrüßung vom Vorsitzenden Herrn Gustav Koch eröffnet, unter besonderer Begrüßung der Vertreter des M. G. B., „Sächs. Glasfabrik“, welcher neu unserem Bunde beigetreten ist. Die Tagesordnung umfaßte den Jahres- und Kasienbericht, die Wahl der Stellvertreter der Gruppenleitung, die Festsetzung eines evtl. zu veranstaltenden diesjährigen Gruppenfestes und Verschiedenes. Der Jahresbericht, von dem Schriftführer Herrn Edmund Weiß ansgesprochen und humorvoll zugleich, wurde wegen Abwesenheit des Herrn Weiß von dessen Stellvertreter Herrn Henad zum Vortrag gebracht. Aus dem Kasienbericht war zu entnehmen, daß nach Abzug der laufenden Ausgaben mit Abschluß 1927 ein Kasienbestand von 292 M verblieb. Bei den Wahlen wurde, da Herr Edmund Weiß nach 25-jähriger Tätigkeit als erster Schriftführer der Gruppe sein Amt niederlegte, Herr Adolf Hill vom M. G. B., „Eisebad“ einstimmig gewählt, als zweiter Vorsitzender Herr Fritz Hildebrand vom gleichen Verein, als zweiter Schriftführer Herr Oscar Henad und als zweiter Kassierer Herr Karl Schödel, beide vom M. G. B., „Carl Barth“. Wegen des Deutschen Sängereffes in Wien wurde von der Abhaltung eines Gruppenfestes in diesem Jahre abgesehen. Zum Punkt Verschiedenes ist zu erwähnen, daß in der Gruppe eine Pressestelle errichtet und mit deren Leitung Herr L. Her Georg Banda betraut wurde. Ferner wurde beschlossen, Herrn Edmund Weiß für seine langjährige uneigennütige Tätigkeit als erster Gruppenschriftführer ein Geschenk mit entsprechendem Dankschreiben zu übermitteln. Im weiteren Verlauf der Sitzung legte Herr Gustav Koch sein Amt als erster Vorsitzender nieder, und Herr Hildebrand führte die Sitzung bis zum Ende durch. Trotz wiederholtem Erläutern konnte sich Herr Koch nicht entschließen, so daß bis zum Gruppentag 1929 Herr Fritz Hildebrand, Vorsitzender des M. G. B., „Eisebad“, Gesäfte der Gruppe Radeberg des G. S. B. führt. Herrn Koch aber sei auch von dieser Stelle aus für seine mehrjährige Tätigkeit als Vorsitzender der Gruppe Radeberg sowohl, als auch als Vorsitzender des Hauptauschusses bei unserem vorjährigen Sängereff herzlichster und innigster Dank zum Ausdruck gebracht. Mit dem Sängereff „Ein Lied in die sonnige Welt“ mit dem herrlichen Schluß „und Treue soll Lösung sein“, die wir als Sängergesellschaft beherzigen sollen, schloß Herr Hildebrand die sonst in allen Teilen gut verlaufene Sitzung und nun „Glad auf“ für das neue Geschäftsjahr und Wiedersehen in Wien.

Ramenz. (Entlassung.) Am gestrigen Tage fand in der Lessingschule die feierliche Entlassung der ersten Oberprimaner statt. Zu der Feier im Festsaal der Schule hatten sich die Spitzen der städtischen und staatlichen Behörden, die Oberrealschulkommission, die Vertreter der hiesigen Schulen, Eltern und Freunde der Schule als Gäste eingefunden. Ein Vortrag des Schuldirektors leitete 1/9 Uhr die Feier ein. Es folgte eine Ansprache eines Abiturienten über die Räte unseres Volkes in der Gegenwart und eine Rede in englischer Sprache einer Abiturientin über Shakespeares Merchant of Venice. Chorgesänge umrahmten die Abschiedsworte, die der Rektor der Lessingschule an die Abgehenden richtete. Er legte seinen Mahnungen an die Abiturienten das Dichterwort zugrunde: „Die Meister will ich sein, mit Leuten fertig, — Nein, Schüler stets, noch höhrem Lichts gewärtig.“ Nach der Verteilung der Reisezeugnisse und einiger Bücher- und Geldprämien an die Abgehenden erlang vom Schülerchor Mendelssohns Comit. Durch Rückgabe des Handschlages an den Rektor wurden die Abiturienten aus dem Schulverbande entlassen. Der allgemeine Gesang einer Choralstrophe beschloß die Feier. Mit dieser ersten Entlassung der Abiturienten ist der Ausbau der Ramenez Lessingschule zu einer Vorklasse, und zwar einer neunstufigen Oberrealschule, vollendet.

Brietitz. (Bürgermeisterwahl.) In der Gemeindevorordnetenversammlung am Montag wurde Herr Bürgermeister Paul Kustig auf weitere 6 Jahre einstimmig wiedergewählt. Dieses Ergebnis wird allseitig begrüßt und war Wunsch der gesamten Gemeinde.

Königsbrück. (50-jähriges Stiftungsfest.) Der hiesige Gewerbeverein konnte auf sein 50-jähriges Bestehen zurückblicken, welches am Sonntag mit einem Festkommers feierlich begangen wurde.

stehen zurückblicken, welches am Sonntag mit einem Festkommers feierlich begangen wurde.

Bischofswerda. (Ein Schadenfeuer), das bei dem herrschenden Sturm leicht noch größere Ausdehnung hätte annehmen können, brach am Sonntag früh gegen 1 Uhr im Dachstuhl der Dreherei der hiesigen Armaturenfabrik von Buschbeck und Hebenstreit am Drebnitzer Wege aus. Der den Brand bemerkende Wächter alarmierte sofort die Fabrikfeuerwehr, und es gelang nach stundenlanger angestrengtester Arbeit, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Infolge der Vereisung und Kälte gestalteten sich die Löscharbeiten besonders schwierig, die bis 7 Uhr morgens andauerten. Der Dachstuhl brannte in größerem Umfange durch, jedoch der dadurch angerichtete Schaden nicht unbeträchtlich ist, während der Betrieb glücklicherweise keine Unterbrechung erleidet.

Bauhen. (Theaterdirektor Zmler f.) Direktor Zmler vom Bauhener Stadttheater, der die hiesige Stadtbühne seit Jahren mit gutem Erfolge geleitet und sie immer auf künstlerischer Höhe gehalten hat, ist plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Direktor Zmler war früher in Freiberg als Theaterleiter und Buchhändler tätig. Er stand neuerdings in ausgiebigen Unterhandlungen wegen Wiederübernahme der Bauhener Stadtbühne.

Dresden. (Der Abgeordnete Arzt scheidet aus der sächsischen Politik aus.) Die „Dresdner Volkszeitung“ berichtet in ihrer gestrigen Nummer über die Jahresversammlung des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Ostsachsen und teilt mit, daß der Landtagsabgeordnete Arthur Arzt als Bezirksvorsitzender und damit auch als Landesvorsitzender der sächsischen Partei der SPD. nicht wieder gewählt worden ist. Die „Sächsische Staatszeitung“ bemerkt dazu: Das ist nach der „Volkszeitung“ auf eigenen Wunsch des Herrn Arzt geschehen. Gleichzeitig hat die Landesversammlung Herrn Arthur Arzt als Reichstagskandidaten aufgestellt an einer Stelle, an der er Aussicht hat, unbedingt gewählt zu werden. Herr Arzt hat der Reihe nach die Stelle des derzeitigen Reichstags-Abgeordneten Dr. Stegemann eingenommen. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß Herr Arzt nicht nur aus der sächsischen Organisationsleitung der SPD., sondern auch aus der sächsischen Landespolitik schlechthin ausscheidet, die Gründe, die dem Eingeweihten längst bekannt sind, brauchen hier nicht mehr besprochen zu werden.

Dresden. (Der Schiedspruch in der Hüttenindustrie.) Vor dem Landesarbeitsgericht Dresden wurde die Verhandlung über die Frage der Rechtsgültigkeit des Schiedspruches in der sächsischen Hüttenindustrie in der Berufungsinstanz fortgesetzt. Die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts wird am Donnerstag bekanntgegeben werden. Bekanntlich hatte das Arbeitsgericht Dresden den Schiedspruch vom 29. Dezember 1927 für rechtsgültig erklärt.

Leipzig. (Schlägerei mit tödlichem Ausgang.) Hier kam es zu einer Schlägerei zwischen dem Kraftwagenführer Wilh. K. und dem Papierhändler Willi Schm. Nach Zeugenaussagen hat der Kraftwagenführer in betrunkenem Zustande den Schm. tödlich angegriffen. Bei der Abwehr hat dieser dem Angreifer mit der Faust ins Gesicht geschlagen, so daß er zu Boden stürzte. Bei diesem Sturz hat er vermutlich eine Gehirnerschütterung erlitten. Er wurde in bewußungslosem Zustande dem Krankenhaus St. Jakob zugeführt, wo er gestorben ist.

Ramenz. (50-jähriges Meisterjubiläum.) Herrn Tuchfabrikant Richard Wincowitz war es dieser Tage vergönnt, sein 50-jähriges Meisterjubiläum zu begehen. Mannigfache Ehrungen sind ihm aus diesem Anlasse bereitet worden.

Warnsdorf. (Schuldenverjährung in der Tschechoslowakei.) Ein großer Tag der Schuldentilgung ist, wie aus der Tschechoslowakei geschrieben wird, der 31. März, an welchem Tage unweigerlich die dreijährige Verjährungsfrist für alte Forderungen abläuft. An eine Verlängerung ist, wie der Vertreter des Justizministeriums mit aller Bestimmtheit versicherte, diesmal nicht mehr zu denken. Es wird tabula rasa gemacht. Für viele tausend Schuldner wird dank der Nachricht ihrer Gläubiger der 31. März alle Sorgen beheben. Dieser Tag ist gewiß auch für viele reichsdeutsche Gläubiger bedeutungsvoll, die Forderungen an tschechoslowakische Schuldner haben. Wer nicht wünscht, daß seine Forderung mit einem Federstrich ausgelöscht wird, muß sich der unangenehmen Aufgabe unterziehen, seine Schuldner, Dubiosen eingeschlossen, Revue passieren zu lassen und die Frage beantworten, ob die Schuldner den Klags- und Urteilstempel lohnen. Nur möge diese Arbeit nicht bis zum 30. März verschoben werden, die Gerichte und Rechtsanwälte dürfen verlangen, daß die Klagen nicht erst in den allerletzten Tagen vor Ablauf der Verjährungsfrist überreicht werden.

Sachsens Landtag und Regierung.

Eine Nachlese.

Der Höhepunkt der parlamentarischen Ereignisse dieses Winters in Sachsen ist überschritten, nachdem der Finanzminister seine große Etatsrede gehalten hat, die verschiedenen Parteien ihn und sein Werk zensiert haben, und der Etat in die Ausschüsse gewandert ist, aus denen er nun kapitellweise während der kommenden Monate bis zu den Mitte Juli beginnenden Sommerferien zurückkehren wird.

Die Reden zum Etat geben immer Gelegenheit, Rückblick über die Arbeit der Regierung zu halten, Wünsche zu äußern und Kritik zu üben. Wie die Kritik von den Oppositionsparteien der Kommunisten und Sozialisten ausfallen würde, wußte man schon vorher. Die Schärfe dieser Gegnerschaft ist noch immer zumeist in dem Abplittern der Alten Sozialdemokraten von der Sozialdemokratie begründet. Kaum eine Landtagsdebatte vergeht, in der es nicht Zusammenstöße zwischen diesen beiden Parteien gibt. In diesen Tagen schrieb die sozialistische Chemnitzer

Volksstimme: „Kampf bis zum äußersten und Beseitigung der letzten Spuren einer bürgerlichen Herrschaft in Sachsen, die durch Verrat begründet wurde und nur durch Verrat bis jetzt erhalten werden konnte.“ Mit den Verrätern sind die Altsozialdemokraten gemeint.

Diese Reden waren also keine Überraschung. Interessant waren aber manche Stellen aus den Reden der Regierungsparteien. Der demokratische Abgeordnete Dr. Seyfert wies auf eine Reihe von Differenzen innerhalb der Koalition hin und klüpfte daran die Warnung, den Bogen nicht zu überspannen. Bekannt sind auch diese Meinungsverschiedenheiten, aber so offen im Landtagsplenum ist bisher noch nicht darüber gesprochen worden. Einen Zusammenstoß gab es noch bei anderer Gelegenheit. Die Abgeordneten Berg von den Deutschnationalen und Dr. Frucht von der Deutschen Volkspartei übten in sachlicher Beziehung beinahe noch schärfere Kritik am Haushaltsplan als die Redner der Opposition und diese Kritik richtete sich direkt gegen den Finanzminister Weber. Man warf ihm vor, daß er früher, als er noch nicht Minister war, eine Menge von Forderungen — besonders Ermäßigung der Grund- und Gewerbesteuer und Wegfall der Schlachtsteuer — erhoben habe, daß von diesen Forderungen und Versprechungen aber im neuen Etat nicht das allergeringste verwirklicht worden sei. Der Minister erklärte, wenn die Regierungsparteien weiter derartig kritisierten, werde es „dem Finanzminister unmöglich sein, sein Amt weiter zu verwahren“. Also eine offene Mißtraitsandrohung. Sie wird verständlicher, wenn man weiß, daß Minister Weber auch in seiner eigenen Partei mit den gleichen Gründen vielfach angegriffen wird. Man muß dem Minister jedoch zugestehen, daß er im Etat die größtmögliche Sparsamkeit hat walten lassen und daß er diesen Etat jetzt auch recht glücklich im Landtag vertreten hat. Daß aus dem Zwischenfall noch irgendwelche Differenzen erwachsen werden, ist nicht anzunehmen, und es werden auch dieses Mal wieder vergebliche Hoffnungen sein, die den Zerfall der Koalition erwarten.

Schiele über die Verteilung des Gefrierfleischkontingents.

Deutscher Reichstag.

398. Sitzung, Dienstag, den 13. März.

Der Reichstag verwies den Nachtragshaushalt für 1927 ohne Aussprache an den Haushaltsausschuß. Es folgte die Beratung zweier Gesetzentwürfe aus dem Notprogramm, über Einfuhrschemine für Schweine- und Schweinefleisch und über die Herabsetzung des Kontingents für die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch. Für die Sozialdemokraten sprach Frau Burm. Sie bekämpfte diese Maßnahmen.

Reichsernährungsminister Schiele

befragte die künftige Verteilung des Gefrierfleischkontingents. Das zollfreie Kontingent war ursprünglich für die minderbemittelte Bevölkerung bestimmt. Aus technischen Gründen habe man die erforderlichen Maßnahmen nicht durchführen können. Notwendig sei es, das zollfreie Gefrierfleisch nur für die dichtestbesiedelten Gebiete des Reiches zuzulassen. Es werde sich künftig um eine mehr territoriale Regelung handeln. Der Minister bekräftigt, daß die Rindvieh- und Schweinefleischpreise gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen seien. Legte man die veränderten Verhältnisse zugrunde, so sei der Rinderpreis sogar 20 Mark niedriger als 1913. Besonders die Kleinbetriebe, zu denen auch die der Landarbeiter gehören, würden monatlich 30 Millionen Mark zu setzen. Pflicht sei es, die Eigenversorgung nach Möglichkeit zu fördern. Aus der Schlachtviehproduktion ergebe sich heute in Deutschland ein Wert von 3 1/2 Milliarden Mark, allein aus der Schweinehaltung ein solcher von 3 1/2 Milliarden Mark. Auf dem daniederliegenden Schlachtviehmarkt müßte eine Verringerung eintreten. Die Einfuhrerleichterungen des Jahres 1924 seien heute nicht mehr erforderlich. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit der Gesetzesvorlage.

Die Vorlagen wurden dem Handelspolitischen Ausschuß nach weiterer Beratung überwiesen. Der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln in der Reichspatentamt wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgte die

Beratung eines Ueberleitungs-gesetzes für die Strafrechtsreform.

Die Vorlage wurde in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die dritte Lesung wurde, da die Kommunisten widersprachen, verschoben.

Es folgte die zweite Beratung einer Novelle zum Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen.

Die Novelle will die Gebührenfreiheit der Versorgungsgerichtsbarkeit für die Kriegsbefähigten wieder einführen und gleichzeitig wegen der Ueberlastung des Reichsverwaltungsgerichts die Returnsmöglichkeit einschränken. Die Vorlage wurde in zweiter und dritter Lesung in der Ausschusssitzung angenommen und dazu eine Entschließung, wonach die Verwaltungsbehörden zum Zweck der Entlastung der Spruchbehörden angewiesen werden sollen, bis zum 31. Dezember 1928 die Nachuntersuchungen der Versorgungsberechtigten einzustellen.

Es folgte die Beratung des vom Wohnungsausschuß vorgelegten Programms zur

Bekämpfung der Wohnungsnot.

Die Reichsregierung soll zur Deckung des Fehlbetrages der Dauer Kredite für den Wohnungsbau vom Jahre 1927 für Auslandsanleihe bis zur Höhe von 350 Millionen Mark sorgen. Kleinstwohnungsbauten, Eigenheime — 2- und 3-Zimmerwohnungen — sollen bevorzugt werden. Auf Reichsverwaltungen, Länder, Reichsbahn und Post soll eingewirkt werden, daß sie für das Personal Wohnungen bauen. Grundsätze für Verteilung und Rückzahlung der Hauszinssteuer werden festgelegt. Der Mangel an fehlenden Wohnungen soll bis 1935 gedeckt werden. In jedem der nächsten Jahre sollen über 200 000 Wohnungen gebaut werden.

Den Anträgen des Ausschusses wurde zugestimmt. Es folgten die Abstimmungen über den Etat des Reichsverkehrsministeriums. Die Streichung des Ministergehalts wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Von den übrigen Anträgen und Entschließungen verzeichnen wir folgende: Der Antrag der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, für die Fertigstellung des Zeppelinluftschiffes 2 Millionen Mark bereitzustellen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Ebenso verworfen wurde ein Zentrumsantrag, den Ansaß für den Mittel-Landkanal auf 10 Millionen zu kürzen. Der Etat wurde im übrigen in der Ausschusssitzung angenommen. Die Petitionen über den Vertrag mit der Siefta-Gesellschaft wurden der Reichsräte-